



Dokumentation

Die Entwicklung der Geburtenrate - Einflussfaktoren und mögliche Strategien zur Steigerung

Die Entwicklung der Geburtenrate - Einflussfaktoren und mögliche Strategien zur Steigerung

Aktenzeichen: WD 9 - 3000 - 117/20
Abschluss der Arbeit: 11. Januar 2021
Fachbereich: WD 9: Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Zur Entwicklung der familienpolitischen Kennzahlen	4
3.	Parlamentarische Vorgänge	7
4.	Literatur zur Geburtenrate in Deutschland	8
5.	International vergleichende Literatur	11

1. Einleitung

Die Anzahl der Geburten in Deutschland steigt seit einigen Jahren wieder leicht an. Zwischen 2011 und 2016 stieg die Geburtenrate kontinuierlich von 1,36 auf 1,59 Kinder je Frau an. 2018 hat sich die Geburtenrate bei 1,57 Kinder pro Frau stabilisiert. Dieser Wert ist – trotz eines minimalen Rückgangs im Vergleich zum Jahr 2016 – der zweithöchste seit 1990.¹ Damit liegt Deutschland knapp über dem europäischen Durchschnitt von 1,56 Kindern pro Frau. Die gestiegene Wertschätzung für die Familie als wichtigstem Lebensbereich, mehr Kinderwünsche und letztlich eine höhere Geburtenrate gelten als Zeichen dafür, dass sich die Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland zum Besseren entwickeln.²

In zwei Ausarbeitungen der Wissenschaftlichen Dienste von 2015³ wurden mögliche Strategien zur Steigerung der Geburtenrate in Deutschland sowie in ausgewählten Ländern umfassend erörtert. (In der politischen Diskussion wird regelmäßig auch danach gefragt, welche Maßnahmen andere Länder – insbesondere die europäischen Nachbarstaaten – ergreifen, um Geburtenraten zu erhöhen und Familien wirksam zu unterstützen.) Die vorliegende Dokumentation gibt einen Überblick über Literatur und Dokumente, die seitdem zum Thema „Steigerung der Geburtenrate“ veröffentlicht wurden.

2. Zur Entwicklung der familienpolitischen Kennzahlen

Wenn in der wissenschaftlichen oder politischen Debatte von Geburtenraten die Rede ist, wird zumeist die „zusammengefasste Geburtenziffer“⁴ genannt. Allerdings berücksichtigt diese jeweils nur die Gesamtzahl der Geburten während eines Kalenderjahres und nicht die Zahl der Geburten während des Lebensverlaufs einzelner Frauen. Aussagekräftiger ist es daher vielfach, die endgültigen Kinderzahlen von Frauen verschiedener Jahrgänge in den Blick zu nehmen.⁵

Die in den 1930er Jahren geborenen Frauen – zum Großteil die Mütter der Babyboom-Generation – haben durchschnittlich mehr als zwei Kinder geboren. Ihre Familiengründungsphase fiel in die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs der 1950er und 1960er Jahre. Bereits bei den ab Mitte der

1 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Familie heute. Daten. Fakten. Trends, Familienreport 2020, November 2019, S. 76 ff.

2 BMFSFJ, Agenda 2030, Nachhaltige Familienpolitik, Dezember 2019, abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/142626/e593258f01dcb25041e3645db9ceaa5b/agenda-2030-langfassung-data.pdf>.

3 Strategien zur Steigerung der Geburtenrate in Deutschland, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Ausarbeitung vom 2. Juli 2015, WD 9 – 3000 – 040/15 sowie Strategien zur Steigerung der Geburtenrate in ausgewählten Ländern, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Ausarbeitung vom 2. Juli 2015, WD 9 – 3000 – 041/15. Eine Zusammenfassung der neueren, international vergleichenden Literatur zu familienpolitischen Maßnahmen in: Familienpolitische Maßnahmen in Europa, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Dokumentation vom 15. August 2019, WD 9 – 3000 – 060/19.

4 Die zusammengefasste Geburtenziffer umfasst die Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren für ein Kalenderjahr. Sie ist eine zusammengesetzte, hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr.

5 BMFSFJ, Familie heute. Daten. Fakten. Trends, Familienreport 2020, November 2019, S. 76 ff.

1930er Jahre geborenen Frauen zeichnete sich jedoch ein Rückgang der endgültigen Kinderzahl je Frau ab. Besonders schnell sank diese zwischen den Geburtsjahrgängen 1934 und 1944, als sich zunächst immer mehr Frauen gegen ein viertes oder weiteres Kind entschieden haben. Anschließend hat sich die Kinderzahl je Mutter bei zwei Kindern stabilisiert, zugleich stieg aber der Anteil der Frauen, die gar kein Kind zeitlebens geboren haben. Zwischen den Jahrgängen 1937 und 1966 hat sich die sogenannte endgültige Kinderlosenquote (Anteil der Kinderlosen an allen Frauen eines Jahrgangs) von 11 Prozent auf 21 Prozent nahezu verdoppelt. In den folgenden Jahrgängen hat sie sich stabilisiert und variierte bis zum Jahrgang 1969 leicht zwischen 20 Prozent und 21 Prozent. Die zunehmende Kinderlosigkeit vieler Frauen führte zu einem kontinuierlichen Rückgang der statistischen Kinderzahl je Frau, die bei den Frauen des Jahrgangs 1968 ihren historischen Tiefststand mit 1,49 Kindern je Frau erreicht hatte.

Die in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre geborenen Frauen haben bereits bis zum Jahr 2018 – im Alter zwischen 39 und 48 Jahren – durchschnittlich mehr Kinder geboren als die Frauen des Jahrgangs 1968. Hierfür sind im Wesentlichen zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen nahm die Geburtenhäufigkeit der Frauen im Alter ab 30 Jahre deutlich zu. Unter insgesamt günstigen wirtschaftlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen haben sie ihre bis dahin noch nicht erfüllten Kinderwünsche realisiert. Zum anderen hat sich die Fertilität dieser Jahrgänge im jüngeren gebärfähigen Alter bis 29 Jahren stabilisiert.

Eine entscheidende Rolle spielten dabei die Zuwanderinnen, die bei der Geburt ihrer Kinder tendenziell jünger waren als die deutschen Frauen. Die Frauen der Jahrgänge 1964 bis 1973, die im Jahr 2018 zwischen 45 und 54 Jahren alt waren, haben durchschnittlich 1,6 Kinder zur Welt gebracht. Die in Deutschland geborenen Frauen hatten mit 1,5 Kindern je Frau eine geringere durchschnittliche Kinderzahl als die gleichaltrigen Zuwanderinnen (2,0 Kinder je Frau).⁶ Da auch ihr Anteil an allen Frauen bei den 1970er-Jahrgängen gestiegen ist, hat dies die Gesamtfertilität positiv beeinflusst.⁷ Am aktuellen Geburtenanstieg haben Mütter mit Migrationshintergrund ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anteil: Zwischen 2011 und 2016 stieg die Zahl der Geborenen insgesamt um 129000 oder um 20 Prozent. Dabei nahmen die Geburten durch Mütter mit deutscher Staatsangehörigkeit um 57.000 oder 10 Prozent zu, die Geburten durch Mütter mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 72.000 oder 64 Prozent.⁸

6 Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Ausgabe 2019, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 11. Dezember 2019, S.22, abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/geburtentrends-tabellenband-5122203189014.pdf;jsessionid=5454E432C5D6C6C94A93C36DDD02C291.internet8711?_blob=publicationFile. Die absoluten Zahlen der in Deutschland bzw. im Ausland geborenen Mütter und deren Kinderzahl lässt sich aus einer Tabelle auf S. 80 für die Zeiträume von 1943 bis 2003 ablesen.

7 Statistisches Bundesamt (Destatis), Geburtenverhalten im Wandel, 2020, abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-geburten.html>.

8 Pöttsch, Olga, Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik (WISTA), 3, 2018, S. 72-89, hier S. 73.

Seit 2007 wurden zusätzliche familienpolitische Maßnahmen eingeführt.⁹ Das Elterngeld und ElterngeldPlus reduzierten die Opportunitätskosten, welche den Familien durch die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit entstehen. Vor allem aber verbesserte der Ausbau der Kleinkinderbetreuung die Möglichkeiten der Mütter, schneller als bisher in das Erwerbsleben zurückzukehren sowie berufliche und familiäre Pflichten zu vereinbaren.¹⁰

Mit einer Gesamtevaluation¹¹ wurden von 2009 bis 2014 die ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland anknüpfend an das Vorgehen bei der Arbeitsmarktpolitik erstmals einer systematischen Wirkungsanalyse unterzogen. Danach sind mit Blick auf die Familienplanung mehrere Tendenzen auszumachen: Die tatsächliche endgültige Kinderzahl bleibt unter der gewünschten Kinderzahl, Geburten werden zunehmend im Lebenslauf nach hinten verschoben, mehr Frauen bleiben kinderlos und es gibt weniger Mehrkinderfamilien. Die Erfüllung von Kinderwünschen wurde daher in der Gesamtevaluation als ein wichtiges Ziel der Familienpolitik benannt: Sie solle die Rahmenbedingungen für Familiengründungen und -erweiterungen optimieren und so entsprechende persönliche Entscheidungen erleichtern. Tatsächlich haben die Ergebnisse dieser Evaluation in der Folge zu konkreten politischen Entschlüssen geführt: Im Jahr 2015 wurde ein Gesamtpaket zur Verbesserung der familienbezogenen Leistungen verabschiedet, das gerade Familien mit kleinen Einkommen adressierte. Insbesondere durch die Erhöhung des Kinderzuschlags und des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende, seine Staffelung nach der Kinderzahl sowie durch Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss wurden zentrale Schlussfolgerungen aus der Gesamtevaluation aufgegriffen. Parallel wurden Kindergeld und -freibeträge erhöht.

Um über den Erfolg der bisherigen Elterngeldregelungen hinaus die von jungen Eltern mehrheitlich gewünschte partnerschaftliche Rollenaufteilung zu fördern, wurden mit der Einführung des ElterngeldPlus für Eltern, die nach der Geburt eines Kindes beide in Teilzeit arbeiten, gezielt neue Optionen geschaffen. Außerdem wurde der weitere Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben. Der Bund unterstützt mit Maßnahmen wie dem Investitionsprogramm für den Kita-Ausbau und dem Gute-KiTa-Gesetz Länder und Kommunen dabei, Quantität und Qualität der Angebote im vorschulischen Bereich zu verbessern und das Erreichte durch weitere Angebote für die Grundschulzeit zu sichern. Schließlich wurden 2019 Verbesserungen beim Kinderzuschlag und beim Bildungs- und Teilhabepaket beschlossen, von denen Familien mit kleinen Einkommen sowie Alleinerziehende häufiger, einfacher und umfangreicher profitieren können.

9 siehe dazu: Überblick über familienpolitische Leistungen in Deutschland, Wissenschaftliche Dienste im Deutschen Bundestag (Hrsg.), Sachstand vom 23. November 2017, WD 9 – 3000 – 051/17.

10 Pöttsch, Olga, Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik (WISTA), 3, 2018, S. 73.

11 Endbericht Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland, Gutachten der Prognos AG im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen und des BMFSFJ, Berlin, 2. Juni 2014, abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/93954/25490622c47497e47acbcfa797748cfb/gesamtevaluation-der-ehe-und-familienbezogenen-massnahmen-und-leistungen-data.pdf>.

Die Erwerbsbeteiligung und der Erwerbsumfang von Müttern nehmen weiterhin zu. Insbesondere bei jungen Familien mit Kindern unter drei Jahren ist dies zu beobachten. Parallel steigt die Inanspruchnahme der Partnermonate beim Elterngeld/ElterngeldPlus und die außerfamiliäre Betreuung der Kinder nimmt zu. Nicht zuletzt die Unternehmen haben erkannt, dass sie Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt stärken müssen, um Belegschaften binden zu können. Um jedoch den Bestand der Bevölkerung konstant zu halten, wäre eine zusammengefasste Geburtenziffer von dauerhaft 2,1 nötig. Ein niedrigerer Wert bedeutet folglich eine Schrumpfung der Bevölkerung.¹²

3. Parlamentarische Vorgänge

Antwort der Bundesregierung vom 22. Juni 2018 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Johannes Huber, Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Reichardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/2584 – Steigerung der Geburtenrate in Deutschland mithilfe von familienpolitischen Maßnahmen:

Die Entscheidung für oder gegen Kinder hänge von unterschiedlichen persönlichen Überlegungen ab. Befragungen zeigten, dass die staatliche Familienförderung hohe Wertschätzung bei den Familien wie auch in der Bevölkerung insgesamt erfahre. Neben einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine bedarfsgerechte und gute Infrastruktur der Kinderbetreuung wirkten sich auch finanzielle Familienleistungen, die Eltern verlässlich absichern, förderlich auf die Familienplanung aus. Die sogenannte „Mütterrente“ aus dem Jahr 2014 bringe eine Ausweitung der Anrechnung der Kindererziehungszeit für vor 1992 geborene Kinder in der Rente um ein weiteres Jahr. Diese Anrechnung weiterer Kindererziehungszeiten sei ein gerechter Kompromiss zwischen den Generationen. Lücken in den Erwerbsbiografien der betroffenen Mütter und Väter würden damit zumindest teilweise ausgeglichen.

Antwort der Bundesregierung vom 20. Juni 2018 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Reichardt, Mariana Iris Harder-Kühnel, Frank Pasemann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/2506 – Demographiefeste und verfassungskonforme Umgestaltung des Gesamtsystems der sozialen Sicherung:

Ziel der Bundesregierung sei es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und Menschen mit Kinderwunsch eine Familiengründung und -erweiterung zu erleichtern. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner und eine gut ausgebaute Kinderbetreuung seien – so zeigen internationale Vergleiche – die wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass Paare sich für Kinder entschieden und ein Familienleben gelingen könne. Eine einzelne Maßnahme, die die Geburtenrate im Alleingang erhöhe, gebe es nicht. Deutschland setzt daher auf eine enge Verknüpfung von finanziellen, infrastrukturbezogenen und zeitpolitischen Maßnahmen. So bildeten das Elterngeld mit den Partnermonaten, das neue ElterngeldPlus und der Partnerschaftsbonus, der qualitative und quantitative Ausbau der Kinderbetreuung, der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr des Kindes sowie das Engagement für flexiblere Arbeitszeiten wichtige Rahmenbedingungen.

12 BMFSFJ, Agenda 2030, Nachhaltige Familienpolitik, Dezember 2019, abrufbar unter:
<https://www.bmfsfj.de/blob/142626/e593258f01dcb25041e3645db9ceaa5b/agenda-2030-langfassung-data.pdf>.

4. Literatur zur Geburtenrate in Deutschland

Becker, Oliver Arránz/ Lois, Daniel, Zum Zusammenwirken von Normen und Anreizen bei Fertilitätsentscheidungen – Die Bedeutung religiöser Orientierungen sowie wahrgenommener Kinderkosten- und -nutzenaspekte für die Familiengründung, in: Zeitschrift für Soziologie, 2017, Band 46, Heft 6, S. 437-455:

Die Autoren untersuchen – vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Säkularisierungstendenzen – die Relevanz von konfessionellen Bindungen und religiösen Überzeugungen auf die Übergangsrate zur Familiengründung. Zudem analysieren sie Wechselwirkungen zwischen Fertilitätsanreizen und religiösen Orientierungen, um zu klären, ob sich mit steigenden religiösen Orientierungen die Handlungswirksamkeit der Anreize verändert. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Religion in der säkularisierten deutschen Gesellschaft zwar vordergründig keine prominente *direkte* Rolle bei Fertilitätsentscheidungen zu spielen scheine, aber dennoch auf *indirekten* Wegen Einfluss erlange, etwa als Verstärker positiver Bewertungen von Kindern, welche dann im Rahmen einer augenscheinlich „rationalen“ Kosten-Nutzen-Abwägung eine Familiengründung begünstigten.

Sandmann, Tim/ Preisner, Klaus, Religiosität und Fertilität: Eine empirische Untersuchung des Einflusses von Religiosität auf Elternschaft und Kinderzahl, in: Journal of Family Research, 2017, Vol 29 No 3, S. 298-318:

Die Autoren untersuchen anhand der Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften von 2012 für Ost- und Westdeutschland den Einfluss christlicher Religiosität auf die Wahrscheinlichkeit der Elternschaft und die Anzahl der Kinder. Die Analysen für Westdeutschland deuteten demnach darauf hin, dass religiöse Personen vor allem aufgrund ihrer stärkeren Präferenz für die Ehe häufiger den Übergang zur Elternschaft vollzögen.

Birg, Herwig, Die Gretchenfrage der deutschen Demographiepolitik: Erneuerung der Gesellschaft durch Geburten im Inland oder durch Zuwanderungen aus dem Ausland? In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 2016, Heft 3, S. 351-377:

Der Beitrag argumentiert, dass Zuwanderung keine Lösung für die demographischen Probleme Deutschlands sei, weil die zugewanderte Population infolge ihrer unter dem Ersatzniveau liegenden Geburtenrate auf Dauer ebenfalls schrumpfen würde. Durch Zuwanderung würden wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Folgen der demographischen Entwicklung sogar verstärkt. Der Aufsatz analysiert die Ursachen dieser Entwicklung, stellt wesentliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen dar und schlägt Maßnahmen der Demographie- und Sozialpolitik vor. Die Autorin ist etwa der Auffassung, dass die Geburtenrate durch eine Beseitigung von Privilegien kinderloser Menschen mit großer Wahrscheinlichkeit wieder ansteigen würde. Deutschland habe nur deshalb eine der niedrigsten statt eine der höchsten Geburtenraten Europas, weil ein immer größerer Teil der Bevölkerung lebenslang überhaupt keine Kinder bekäme.

Hering, Annina T., Kinder – oder nicht? Geburten in Deutschland im Spannungsfeld unsicherer Partnerschaften und prekärer Beschäftigung, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Band 90, Dissertation, Frankfurt am Main 2018:

Die Autorin untersucht den Einfluss von Unsicherheiten in der Partnerschaft und im Erwerbsleben auf die Geburt des ersten und zweiten Kindes in Deutschland. Analysen hätten gezeigt, dass dort mehr Kinder geboren werden, wo Frauen Familie und Beruf aufgrund gesellschaftlicher Akzeptanz und infrastruktureller Ausstattung miteinander vereinen können, und nicht dort, wo traditionelle Familienideale vorherrschen. Der Anteil der Paare, die ohne Trauschein eine Familie gründen oder erweitern, nehme zu. Daher sollte Familienpolitik auch diese Gruppe von potenziellen Eltern ansprechen. Die Autorin fordert als sozialpolitische Maßnahme die rechtliche Gleichstellung der Ehe und der nichtehelichen Lebensgemeinschaft und die Schaffung von mehr Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt.

Hudde, Ansgar/ Friedrich, Carmen, Having power, having babies? Fertility patterns among German elite politicians, in: Zeitschrift für Familienforschung, 2019, Heft 1, S. 27-39:

Die Autoren untersuchen Fertilitätsmuster innerhalb der „politischen Elite“ in Deutschland. Dadurch wollen sie die Zusammenhänge zwischen dem sozialen Status und dem Geburtenverhalten aufzeigen. Die Autoren beschränken sich auf hochrangige Politiker, da diese einflussreiche Entscheidungen trafen und da sie als „role models“ für die allgemeine Bevölkerung fungieren könnten.

Höhn, Charlotte, Die demografische Trägheit und ihre Politikresistenz, in: Mayer, Tilman (Hrsg.), Die transformative Macht der Demografie, Wiesbaden 2017:

Laut der Autorin hätte eine geburtenfördernde Familienpolitik in den 1970er Jahren begonnen werden müssen, als das Geburtenniveau noch nicht lange unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen sei. Eine solche Politik sei aber damals nicht erwünscht gewesen. Mittlerweile sei die Zahl der potentiellen Eltern geschrumpft, was zu weiter sinkenden Geburtenzahlen führe. Ein Geburtenanstieg auf das Bestandserhaltungsniveau erscheine unwahrscheinlich. Die weitere Bevölkerungsalterung sei auch durch Zuwanderung nicht zu stoppen, wie Modellrechnungen der Vereinten Nationen belegen würden. Familienpolitik könnte nur dann helfen, den Wunsch nach zwei Kindern zu erfüllen, wenn sie rechtzeitig eingeführt würde (also bevor die durchschnittlichen Geburtenzahlen dauernd unter das Bestandserhaltungsniveau gesunken waren), wenn es nicht immer wieder Kürzungen und Veränderungen der familienpolitischen Maßnahmen gäbe und wenn ein familienfreundliches Klima herrschte. Frankreich, das seine großzügige Familienpolitik unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen habe, sei dafür das beste Beispiel.

Pöttsch, Olga, Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik (WISTA), 3, 2018, S. 72-89:

Der Beitrag gibt einen Überblick über aktuelle Tendenzen in der Geburtenentwicklung und die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, in denen sich diese vollzogen haben. Dabei werden kurzfristig eingetretene Effekte, wie der Anstieg der Geburten durch Mütter mit ausländischer Staatsangehörigkeit und die langfristigen Veränderungen in der Kohortenfertilität der deutschen Frauen getrennt voneinander untersucht, um die künftigen Potenziale des aktuellen Geburtenanstiegs besser einschätzen zu können.

Pöttsch, Olga/ Klüsener, Sebastian/ Dudel, Christian, Wie hoch ist die Kinderzahl von Männern? Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik (WISTA), 3, 2018, S. 59-77:

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über statistische Indikatoren zur Fertilität von Männern, die auf Basis verfügbarer amtlicher Daten gewonnen werden können. Die im Jahr 2008 in den Mikrozensus aufgenommenen Fragen zur Kinderzahl von Frauen hätten es unter anderem ermöglicht, die niedrigen Kinderzahlen und hohe Kinderlosigkeit bei höhergebildeten Frauen statistisch zu belegen. Diese Daten hätten familienpolitische Maßnahmen untermauert, welche auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zielten. Zur Fertilität von Männern existierten dagegen nur wenige belastbare Informationen, die auch soziale und regionale Unterschiede berücksichtigten. Der Mikrozensus zeige allerdings, dass die Gruppe der alleinstehenden Männer absolut und relativ wachse. Wie die Zahlen belegten, seien im Alter zwischen 33 und 43 Jahren aktuell 29 Prozent aller Männer alleinstehend, während der Anteil bei Frauen nur 14 Prozent betrage. Dies lasse vermuten, dass in den jüngeren Bevölkerungsschichten gerade bei Männern Kinderlosigkeit häufiger vorkomme als bei Frauen. Internationale Daten und Mikrozensusergebnisse würden darauf hindeuten, dass sich soziale Unterschiede auf die Fertilität bei Männern anders auswirken als bei Frauen. Auf die sich daraus ergebenden Ungleichheiten könne die Familienpolitik aber nur dann adäquat reagieren, wenn sie sich auf belastbare Daten stützen könne.

Pöttsch, Olga, Facetten und Perspektiven der Geburtenentwicklung in Deutschland, in: Mayer, Tilman (Hrsg.), Die transformative Macht der Demografie, Wiesbaden 2017:

Laut der Autorin bleibe die Fertilität in Deutschland auf einem niedrigen Niveau. Vergleichsdaten anderer Länder zeigten, dass es etwa für den Jahrgang 1965 eine höhere endgültige Kinderzahl als in Deutschland (1,55 Kinder je Frau) geben könne. So hätten Frauen des Jahrgangs 1965 in Kanada durchschnittlich 1,76 Kinder zur Welt gebracht, obwohl 20 Prozent von ihnen kinderlos geblieben seien. Auch in den Niederlanden liege die endgültige Kinderzahl je Frau bei 1,78, obwohl die Kinderlosigkeit mit 18 Prozent relativ hoch sei. In Norwegen und Schweden betrage die Kohortenfertilität sogar über 2 Kinder je Frau – bei einer relativ niedrigen Kinderlosigkeit von jeweils 11 Prozent und 13 Prozent. Für Deutschland könne zusammenfassend festgehalten werden, dass für einen dauerhaften Anstieg der Fertilität in Deutschland kurz- bis mittelfristig folgende Voraussetzungen erforderlich wären:

- die Geburtenhäufigkeit im Alter zwischen 20 und 29 Jahren dürfte nicht mehr abnehmen,
- der Anteil der Mütter mit drei oder mehr Kindern müsste stabil bleiben (durch eine Verkürzung der Geburtenabstände und/oder weil das Alter beim ersten Kind wieder sinkt),
- die Kinderlosigkeit dürfte nicht weiter ansteigen und müsste nach einigen Jahren zurückgehen, sodass der endgültige Kinderlosenanteil an Frauenkohorten 20 Prozent nicht übersteige.

Werding, Martin/ Läßle, Benjamin, Wie variabel ist der demografische Alterungsprozess? Effekte von Geburten und Zuwanderung – Folgen für die soziale Sicherung, Kurzstudie, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh 2019:

Laut den Autoren sei es nicht zu erwarten, dass die demografische Alterung in ihrer akuten Phase, die mittlerweile kurz bevorstehe und bis etwa 2045 dauere, durch günstigere Entwicklungen im Bereich der Demografie abgewendet oder auch nur merklich abgemildert werde. Höhere Zuwanderung und auch ein Wiederanstieg der Geburtenziffer könnten gewisse günstige Effekte haben – sie würden aber nicht ausreichen, um die demografisch bedingten Probleme für die Sozialfinanzen zu lösen. Zwar habe die deutsche Familienpolitik seit rund zehn Jahren das Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Realisierung von Kinderwünschen ermöglichten. Ob und

wie politische Maßnahmen dazu beitragen können, die Geburtenziffer nachhaltig zu erhöhen, könne bisher aber nicht auf Basis klarer Wirkungszusammenhänge beantwortet werden.

BMFSFJ (Hrsg.), Familien erreichen – Wie Familien leben und was sie von der Familienpolitik erwarten, Monitor Familienforschung, Dezember 2017:

Im Frühjahr 2017 beauftragte das BMFSFJ das Allensbacher Institut mit einer Untersuchung zu der Frage, wie Familien heute am besten durch die Hilfen der Familienpolitik erreicht werden. Dazu sollte ermittelt werden, wie die Lebenssituation, die Einstellungen und die Bedürfnisse von Eltern derzeit aussehen. Auch die Wahrnehmung der Familienpolitik und die Erwartungen an die staatliche Unterstützung waren zentrale Themen. Die Untersuchung habe ergeben, dass die Wahrnehmung der Familienförderung als Sicherung des Nachwuchses für die Gesellschaft nicht etwa die Folgerung nach sich ziehe, der Staat müsse vor allem die Geburt von Kindern belohnen oder besondere Anreize für Geburten schaffen. Den meisten Eltern gehe es eher darum, durch Unterstützung der Familien im Alltag Hindernisse für Familiengründung und Geburt von Kindern auszuräumen und es den Familien zu ermöglichen, zu funktionieren.

5. International vergleichende Literatur

Panova, Ralina, Die Geburt des dritten Kindes, Einflussfaktoren des Übergangs zum dritten Kind in Westdeutschland, Frankreich, Bulgarien und Ungarn, Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 54, herausgegeben durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Dissertation, Berlin 2020:

Die Autorin untersucht die Frage, unter welchen Bedingungen und mit welchen Motiven die Entscheidung zum dritten Kind getroffen werde: Welche Personengruppen entscheiden sich für ein drittes Kind? Wie verläuft der Entscheidungsprozess zum dritten Kind? Die Autorin wertete für ihre Studie Daten aus vier europäischen Ländern – Westdeutschland, Frankreich, Bulgarien und Ungarn – aus. Der Vergleich dieser Länder ermögliche es, die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den ausgewählten Gesellschaften auf ihre Wirkung hin zu untersuchen. Im Ergebnis spricht sich die Autorin dafür aus, für die Fertilitätsforschung auf Dauer angelegte, ländervergleichende Befragungsdaten zu generieren. Denn nur durch die systematische Datenerhebung, die neben sozioökonomischen und demografischen Merkmalen auch die individuelle Sozialkultur berücksichtige, werde die Fertilitätsforschung zukünftig in der Lage sein, den Wandel der Familie sowie der Fertilität adäquat zu dokumentieren, zu analysieren und daraus Empfehlungen für politisches Handeln abzuleiten. Zudem enthält die Arbeit Anstöße hinsichtlich der Frage, wie kinderreiche Familien besser unterstützt und stärker in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden können.

Deutsch-japanisches Symposium, Demografie international – deutsch-japanischer Austausch, Informationen abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/demografischer-wandel-und-nachhaltigkeit/demografie-international---deutsch-japanischer-austausch/demografie-international---deutsch-japanischer-austausch/77380>:

Das Bundesfamilienministerium steht mit vielen Ländern im Austausch über die Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels. Speziell Deutschland und Japan stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Parallelen gibt es vor allem bei der niedrigen Geburtenrate und der stei-

genden Lebenserwartung. Das japanische Gesundheits-, Wohlfahrts- und Arbeitsministerium sowie das Bundesfamilienministerium tauschen sich regelmäßig über Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels aus. Auch die bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist dabei ein Thema. 2016 und 2018 fanden Symposien zum demographischen Wandel in Berlin statt. Dazu:

Kenji, Suwazono (Vizeminister in Japans Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales), Ausblick auf eine Gesellschaft im Jahr 2040, in der alle länger aktiv bleiben können, in: Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland und Japan, herausgegeben durch das BMFSFJ, Band 3, April 2019, S. 22, 26:

Die Tendenz zu weniger Kindern liege unter anderem darin begründet, dass sich in Japan die meisten Menschen erst nach der Hochzeit für Kinder entschieden, weshalb die zunehmende Zahl der Unverheirateten in einer rückläufigen Geburtenrate resultiere. Hinzu kämen ungünstigere Beschäftigungsverhältnisse der jungen Generation sowie die Kosten der Kindererziehung und ähnliche Belastungen. Darum bemühe sich die Regierung nun nachdrücklich um die Schaffung eines Umfelds, das dem Kinderwunsch junger Leute entgegenkomme. So verändere man vor allem die Arbeitsmodelle von Frauen und Männern und versuche, lange Überstunden abzubauen und auch die Männer an der Kinderbetreuung zu beteiligen. Weiterhin arbeite man an dem Problem, dass sich junge Paare häufig in bestimmten Bezirken einer Stadt ansiedeln, so dass dort kaum Plätze in Kindertagesstätten zu bekommen seien. Die Unterstützung bei der Kindererziehung, einschließlich Geldleistungen werde zudem kontinuierlich ausgebaut. In dieser Form versuche Japans Regierung ein Umfeld zu schaffen, in dem junge Paare ihre Kinderwünsche erfüllen könnten.

Elke Ferner (Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland, in: Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland, herausgegeben durch das BMFSFJ, Band 1, Januar 2017, S. 14, 18 f.:

Ziel der Familienpolitik sei es, jungen Menschen die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. Aus Umfragen sei bekannt, dass sich die Vorstellungen junger Menschen, wie sie leben und wie sie arbeiten wollen, geändert hätten. Heute hätten über 60 Prozent der Paare den Wunsch, gleichermaßen für das Familieneinkommen und die Kinder zuständig zu sein. Es gelinge aber weniger als 20 Prozent von ihnen, diese Vorstellung in die Tat umzusetzen. Der Wunsch nach mehr Partnerschaftlichkeit verlange auch neue Antworten der Familienpolitik. Daher unterstütze die Bundesregierung mit dem ElterngeldPlus den Trend zu einer partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kottmann, Nora, Tagungsbericht, in: Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland, herausgegeben durch das BMFSFJ, Band 1, Januar 2017, S. 60 ff.:

Dr. Martin Bujard (Forschungsdirektor „Familie und Fertilität“, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) zeigte als Referent der Tagung auf, dass die deutsche Familienpolitik seit 2004 einem Paradigmenwechsel unterliege: Während Familien bis dahin vornehmlich Geldleistungen erhalten hätten, werde seitdem zunehmend auch in eine bessere Infrastruktur und Zeitpolitik investiert. Die Förderung von Vereinbarkeitsmaßnahmen könne am ehesten zu einem Anstieg der Geburtenrate führen: Ein Vergleich von 28 OECD-Staaten habe gezeigt, dass in Ländern mit einer

hohen Müttererwerbsquote mehr Kinder geboren würden als in Ländern mit einer niedrigen. Bujard kam zu dem Ergebnis, dass nachhaltige Familienpolitik durchaus Einfluss auf die Entwicklung der Geburtenrate habe; allerdings stellten sich die Erfolge erst stark zeitverzögert ein. Für Deutschland empfahl er die Schaffung eines familienfreundlichen Arbeitsmarktes, die Entzerrung biografischer Phasen der Zeitnot (rush hour of life), eine Reform des Steuersystems sowie politische Maßnahmen für kinderreiche Familien.

* * *